

Von DDR-sozialistischer Vereinnahmung zur vielfältigen Szene

Ein neues Solidaritätsverständnis im Osten Deutschlands

In das Sprachmaterial ehemaliger DDR-Bürger mischten sich in den letzten Jahren Vokabeln, die sonst nur in den Handbüchern für Entwicklungspolitik standen: Evaluierung, Hilfe zur Selbsthilfe, Finanz-, Kapital-, Expertenbereitstellung, Erfolgskontrolle, Solidaritätsabgabe. Aufbau- und Entwicklungswille wurde beschworen und gezüchtet bei Grundbuchfachleuten und Betriebsberatern, bei Gewerkschaftsfunktionären und Versicherungsvertretern, die mit Zusatzverdiensten – wie sonst nur bei GTZ-Experten für die Malediven oder für Mali üblich – zu Entwicklungstechnologen mit Wochenendheimfahrten motiviert werden.

Die Seelen sind sensibel

Und es gibt ja auch Entwicklungsschritte zu gehen. Am deutlichsten und sehr frühzeitig hat das Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf zum Ausdruck gebracht: Befragt, wo er die Hauptschwierigkeiten seinerzeit im Osten sehe, meinte der weise Landesvater: "Es erinnert mich an einen Bericht Livingstons, des großen Afrikaforschers, der von einer seiner Expeditionen berichtete, daß seine Träger murrten beim Vormarsch in das Landesinnere und nicht weiter gehen wollten. Befragt was der Grund sei, sagten sie: "Herr, unsere Seelen kommen nicht mit ..."¹

Was Kurt Biedenkopf, der "ehrliche Makler und Vermittler zwischen West und Ost", beobachtet, scheint treffend – und ist rassistisch. Die Wahl dieses Bildes wirft ein Licht in das Dunkel, das Denken und Empfinden der wohlmeinenden, gegebenenfalls gar selbstlosen Westdeutschen. Die Träger, die Schwarzen, also die Ostbürger, die Eingeborenen, murren, so empfand Biedenkopf schon fünf Monate nach der Vereinigung, und drohten mit Ausstieg.

Zu fragen wäre, ob in diesem Murren rückwärtsgewandte Apathie oder vorausgreifende Ahnung enthalten ist, die mutmaßt, im Fortschritt der Weißen im Westen, notfalls über den Victoria-See hin, liege wenig nachhaltiger Segen, weil da böse Götter wohnen könnten. Das Murren ist seitdem nicht verstummt.

Solidarität im Staats- und Parteauftrag

Will man sich die Situation der Zwei-Drittel-Welt-Gruppen und der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs) in den neuen Ländern

verdeutlichen, muß man sich kurz an die Zeit vor der "Wende" erinnern.

Charakteristisch und tragisch war, wie in fast allen Bereichen der ehemaligen DDR, die Trennung von staatlichem bzw. gesellschaftlich kontrolliertem Vorgehen und dem innovativen, unabhängigen Engagement nicht weniger Bürger und Bürgerinnen. Nichts fürchtete das alte System mehr, als klarblickende, nicht erpreßbare Menschen, die nicht aufgaben.

Im staatlichen Bereich gab es eine punktuell durchaus differenzierte und teilweise reichliche Unterstützung vor allem für Entwicklungsländer mit "sozialistischer Orientierung". Und es gab ein Solidaritätskomitee, das von sich sagte, "es koordiniert die Solidaritätsaktionen der gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen und der Bürger der DDR."² Die Koordination erfolgte in Auftrag der SED-Partei. Wer die außenpolitische Doktrin der Parteiführung nicht unterschrieb, nicht zu kontrollierbaren Kontakten nach Übersee bereit war, als Gruppe oder Bürger private Kontakte zu Studenten aus Benin, Zimbabwe oder Nicaragua suchte, wurde schnell in die Schranken gewiesen, behindert und bespitzelt. Hinzu kam die Nötigung, "seine Solidarität" fast ausschließlich in die "black box" des Solidarkontos 444 einzuspenden, ohne daß eine ausreichende, Zusammenhänge erklärende, somit motivierende Rechenschaft über den Verbleib der Mittel gegeben wurde. Dies erzeugte Mißtrauen. Solidarität reduzierte sich so leicht zu klebrigem Markensammeln.

Bei den Auswahlkriterien für die FDJ-"Freundschaftsbrigaden", der einzigen Möglichkeit, als "Freiwilliger" in einem Entwicklungsprojekt arbeiten zu können, wurden vor allem "Botschafter im Blauhemd" gesucht, die "... durch ihre Aktivitäten im Jugendverband über Erfahrungen in der politischen Arbeit verfügen, die sich im Marxismus-Leninismus auskennen und in der Lage sind, unter komplizierten Bedingungen standhaft die Politik der SED und unseres Staates zu vertreten."³ Diese Tendenz wurde durch die Auswahlverfahren an den regionalwissenschaftlichen Fachrichtungen der Universitäten noch verstärkt. Hauptsächlich wurde für den Außenhandels-, Diplomaten- und Parteidienst ausgebildet. Nichtgenossen hatten kaum eine Chance, aufgenommen zu werden. In dieser Auswahl- und Bildungspolitik ist ein Grund für die eher praktisch und weniger theoretisch orientierte Solidaritäts- und Entwicklungszusammenarbeit im Osten zu suchen.

Schwierige Praxis eigenständiger Gruppen

Trotz dieser offiziellen Praxis gab es in der DDR ein unabhängiges Zwei-Drittel-Welt-Engagement, das, obwohl quantitativ nicht sehr groß, über eine bemerkenswerte Tiefe und Verbindlichkeit verfügte. Dies wurde innerhalb der Kirchen und an deren Rändern, aber auch ohne diesen "Schutz" geleistet.

Zudem mußte es sich doppelt definieren. Auf der einen Seite gegen die Ausbeutung bewirkenden Mechanismen der westlichen Wirtschaftssysteme, auf der anderen Seite gegen die DDR-sozialistischen Vereinnahmungen, die die Solidarität und die Entwicklungsfragen auf ein Gleitmittel für die leninistische Formationstheorie reduzieren wollten. Und es mußte sich gegen Auslandskontaktsperren und gegen die nicht konvertierbare Währung, gegen Materialknappheit und Zollbestimmungen behaupten. In den siebziger und achtziger Jahren gab es daher eine Vielzahl von sogenannten Paketkreisen, die zu einem Partner, manchmal war es auch nur eine Familie eines ehemaligen Gaststudenten, Materialien per Paket schickten. Dabei muß heute daran erinnert werden, daß es in der DDR z. B. eine Postvorschrift gab, die einer Privatperson nur erlaubte, ein Paket pro Monat ins nichtsozialistische Ausland zu senden. In gewisser Weise waren diese Paketaktionen politische Handlungen, galt es doch der eigenen Trägheit, der begrenzten Wirkungen dieser "Lieferungen" und den staatlichen Einschränkungen zu widerstehen. Aus vielen dieser stärker persönlich gestimmten Kontakte konnten nach der Wende gemeinsam mit den Partnern Projekte entwickelt werden.

Auf der anderen Seite, ergänzend dazu, gab es thematisch orientierte, entwicklungspolitische Initiativgruppen, die bewußt und gezielt das gesellschaftliche Konzept der DDR über die Diskussionsprozesse im Süden der Erde hinterfragten. Ansatzweise wurden partizipatorische Sozialismus- und Gesellschaftsmodelle des Südens oder andere, den zentralistischen Gewerkschaftsauffassungen entgegenstehende Positionen erörtert und in der bescheidenen, meist kirchlichen Öffentlichkeit diskutiert. Auch wurde in diesem Kreise, soweit vorhanden, "westliche" Literatur besprochen, was nach der Wende mit zur schnellen Entfaltung einer unerwartet vielfältigen entwicklungspolitischen Landschaft beitrug.

Bunte Szene seit 1989

Ende 1989 und Anfang 1990, zu Zeiten einer ansatzweisen Reform-DDR mit Vereinsgesetz, kam es dann sowohl aus dem staatlichen als auch aus dem kirchlichen Bereich heraus zu einer in so großer Zahl nicht erwarteten Gründung von Vereinen, entwicklungspolitischen Organisationen und Zweidrittelwelt-Läden. Ein entwicklungspolitischer Runder Tisch wurde ins Leben gerufen, der als "Krisenmöbel" darüber wachen wollte, daß in all den die Deutschen beschäftigenden Ost-West-Themen auch die

Süd-Verantwortung noch beachtet und nicht vergessen würde. Durch die Umstrukturierung vieler zentraler Einrichtungen bzw. deren Abwicklung waren auch "plötzlich" Personalreserven erschlossen, die "ihre" Soli-Arbeit bisher in der grauen Anonymität der staatlichen Verwaltungseinheiten und Lehrbereiche durchgeführt hatten. Menschen waren das, die ihren weiteren Lebensweg möglichst mit einem entwicklungspolitischen Berufsbild verbinden wollten. Bei der ausbrechenden Suche nach neuen Arbeitsfeldern kamen die für den Osten bis dahin unbekanntesten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zum Zuge.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als entwicklungspolitische Aufbauhilfe

Mit diesen AB-Maßnahmen wurde zum damaligen Zeitpunkt von Seiten der Arbeitsämter und der Bundesregierung großzügig umgegangen. So fand jeder Haushalt im Mai 1991 ein Schreiben von Minister Blüm im Briefkasten, in dem dieser für die AB-Maßnahmen warb und gleich noch eine Mustersatzung für einen x-beliebigen Verein beigab, damit endlich Träger gegründet würden.

Für die in der Regel bewilligten AB-Maßnahmen und ihre Träger konnte nun eine meist zweijährige Aufbau- und Erprobungsphase begonnen werden. Im entwicklungspolitischen Umfeld kam fördernd hinzu, daß aus dem nicht unerheblichen Vermögen des ehemaligen Solidaritätskomitees der DDR, das sich in den privatrechtlichen Verein "Solidaritätsdienst-International" umgewandelt hatte, ab Sommer 1992 1,8 Millionen DM für entwicklungspolitische Bildungs- und Auslandsprojekte bereitgestellt werden konnte. Die Mittel wurden durch den Verteilerrat NORD-SÜD vergeben. Der Zeitpunkt war günstig, denn nach gut einem Jahr weitgehend neuer Vereinsarbeit gab es eine ausreichend große Zahl von freien Trägern, die über stabile Kontakte zu Überseepartnern oder ausreichende Bildungsprojekte verfügten. So konnten 46 verschiedene Träger mit 87 Projekten gefördert werden. Eingereicht wurden 187 Projekte, die sich aus 80 Projekten für die "Übersee"-Arbeit, 62 Anträgen für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, 10 Anträgen für Vorhaben der humanitären Hilfe, 23 Anträgen im Bereich Ausländerarbeit/Antirassismus und drei Nachfragen für Studien zusammensetzten.

Die Schwerpunktländer der Förderung des Verteilerrates NORD-SÜD zeigen, daß schnell - mit wichtigen Ausnahmen - das klassische Förderländerspektrum bei den Ost-NROs reproduziert wurde. In der kurzen Zeit nach der Wende konnten "förderwürdige" Projektbeziehungen zu 24 Ländern im Süden aufgebaut werden. Die acht wichtigsten Empfängerländer waren Indien, Angola, Nicaragua, Kuba, Vietnam, Tanzania, Peru und Brasilien.

Mit dieser Förderung, neben der des Ausschusses für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der Evan-



INKOTA-Projekt Vinh/Vietnam: Instandsetzung überfluteter Unterrichtsräume

Foto: R. Walter

gelischen Kirche Deutschlands, ließ die Arbeit der NROs sich entfalten. Gleichzeitig forderte die Auslandsprojektdurchführung bei den Vereinen erhebliche Kraftkonzentrationen, die oft den Anspruch auf gleichberechtigte Bildungsarbeit im Inland nicht ausreichend umsetzen ließ. Darin ist ein weiterer Grund für die relativ geringe Zusammenarbeit der ost- und westdeutschen NROs zu suchen.

Einstellung der Förderung und geringes Spendenaufkommen bedrohen die Arbeit

Mit dem plötzlichen Stop der AB-Maßnahmen im Sommer 1993 ist diese erfreuliche Arbeit gefährdet. Nach einer Erhebung des entwicklungspolitischen runden Tisches gab es im März 1993 ca. 150 AB-Maßnahmen im entwicklungspolitischen Bereich. Daneben gab es eine gleichfalls große Zahl von AB-Maßnahmen im Ausländer/Antirassismus-Bereich.

Diese Maßnahmen sind z.Z. gefährdet bzw. schon ausgelaufen. Da die weiteren Arbeitsförderungsinstrumente der Bundesregierung sich auf Umwelt, Jugend und Soziale Dienste beschränken und es nicht gelungen ist, die Entwicklungsfragen als soziale Dienste zu definieren, besteht die Gefahr, daß das oben beschriebene, erstaunlich breite Terrain stark erodiert.

Dies wird verstärkt durch ein geringes Spendenaufkommen im Osten. Gründe dafür sind u.a. der in Verruf geratene Solidaritätsbegriff, der bescheidene Bekanntheitsgrad der Vereine und die Präsenz der großen westdeutschen Spendenorganisationen. Zudem wirkt sich die deutlich geringere Einkommens- und Vermögensstruktur der "Ost-Bevölkerung" aus.

Die Gefahr ist nicht drastisch genug zu beschreiben. Dabei ist die Situation der mittleren und kleinen Ost-NROs prinzipiell nicht anders als die der NROs im Westen. Die Situation kann nur klarsichtiger machen oder ohnmächtig.

Es besteht real die "Chance", daß nur wenige arbeitsfähige NROs im Osten überleben.⁴ Damit wäre eine vielversprechende pluralistische Entwicklung gestoppt und begraben. Dies ist um so

schmerzlicher, als eine der Forderungen der Wende die Partizipation der Bürger und Bürgerinnen war. Stichwort "Vereinigungsfreiheit".

NROs müssen gestärkt werden

Wie im Westen ist auch im Osten weiter eine geregelte und nachhaltige Unterstützung der NROs durch die Öffentliche Hand erforderlich. Wenn es stimmt, daß für eine zivile Gesellschaft das Engagement und die Kompetenz der Bürger lebensnotwendig ist, muß dieses auch gestützt und gefördert werden. Hier ist der Gesetzgeber ebenso gefragt wie der Druck und die Argumente der Initiativen.

Eine von den Ost-NROs und dem Bensheimer Kreis in Gang gesetzte Initiative für eine weitere vorübergehende Trägerförderung wurde vom parlamentarischen Staatssekretär Repnik aus dem BMZ positiv aufgenommen. Sollte sie erfolgreich sein, könnte ein Teil der oben beschriebenen Entwicklungen vermieden werden.

Die zur Zeit in Gründung begriffene Stiftung "Nord-Süd-Brücken", die einen Großteil der Mittel des ehemaligen Solidaritätskomitees der DDR erhalten soll, könnte für die NROs hilfreich und ein Moment der Gerechtigkeit sein. Die Mittel reichen aber bei weitem nicht aus, um die öffentlichen Fonds zu entlasten. Die NROs und die Gruppen der sozialen Bewegung müssen nach den Jahrhunderten der Kirchen und dem Jahrhundert der Parteien als Demokratieproduzenten erkannt, gestärkt und in die öffentliche Meinungsfindung mit einbezogen werden.

Hans-Joachim Döring

Der Verfasser ist Religionspädagoge und langjähriger Mitarbeiter im INKOTA-Netzwerk Berlin.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach "Sachsenspiegel", Dresden 15. 02. 1991.
- 2) Kurt Krüger (bis 1982 Generalsekretär des Soli-Komitees), in: "Deutsche Außenpolitik", Heft 10, 1979.
- 3) Junge Generation (eine Schulungsschrift für mittlere Kader), Heft 12/81.
- 4) Die Situation der Dritte-Welt-Läden muß aus Platzgründen hier unberücksichtigt bleiben. Zur Zeit gibt es ca. 100 Läden, die z.T. auch von AB-Maßnahmen gestützt werden.